

Ein Sinneswandel sorgt für Wirbel

Nach der Wahl in der Hauptstadt: „Bald Schwarz-Rot in Berlin?“, „Giffey verteidigt Entscheidung“, FR-Politik vom 2. u. 3. März

Die Programmatik der CDU bleibt ein Hindernis

Die Philosophie von Franziska Giffey bedeutet leider ein klassisches Eigentor. Zum einen kann man sich bei der Kehrtwende der bisherigen Regierenden Bürgermeisterin im Roten Rathaus nur sehr schwer des Eindrucks erwehren, dass es hier nicht auch um eigene Karrieremotive geht, zumindest einen Senatsposten für sich zu retten, da bei einem weiteren rot-grün-roten (Verlierer-) Bündnis sehr wahrscheinlich der nicht ganz unberechtigte Ruf laut würde, dass es frische Gesichter an der Spitze der neuen Landesregierung gibt.

Zum anderen bleibt die Programmatik der Berliner CDU insbesondere beim wichtigsten sozialen Thema fairer Mieten, trotz eines bemerkenswerten Wahlkampfes, eher ein Hindernis. Es herrscht immer noch das Hauptmantra, dass man nur mehr neue Wohnungen bauen müsste, obwohl ein solcher Kurs schon in Hamburg, das diesbezüglich gerne als angebliches Erfolgsmodell genannt wird, krachend gescheitert ist. Alteingesessene, lokale Geschäfte werden immer häufiger Spekulationsopfer von Investmentgesellschaften, die mit Wirtschaftsethik nur sehr wenig anfangen können.

Deshalb sollten die Sozialdemokraten an der Spree sehr genau hinschauen, was für eine Art Koalitionsvertrag sie am Ende unterschreiben, zumal ebenfalls

entscheidende innovative Zukunftsthemen wie etwa die Digitalisierung bekanntermaßen seit jeher nicht gerade zu den großen Stärken der Christdemokraten zählen. Die Hauptstadt hat vor allem bei der dürftigen Infrastruktur von Glasfasernetzen sowie dem häufig selbst an touristischen Hotspots fehlendem öffentlichen W-Lan sehr viel Boden gutzumachen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Warum wählen gehen bei so viel Unehrllichkeit?

Der Sinneswandel von Frau Giffey ist schon sensationell! Die Wählerinnen und Wähler haben für die SPD, Grüne und Linke gestimmt, um die bestehende Koalition beizubehalten. Wengleich ein großer Stimmenverlust für die drei Parteien stattgefunden hat, so hat diese Koalition weiterhin eine ausreichende Mehrheit. Größer als CDU mit SPD oder mit Grünen.

Als Wähler für diese drei Parteien muss man sich getäuscht fühlen, wenn jetzt eine schwarz-rote Koalition übernehmen sollte. Kein Wähler von Rot-Grün-Rot hat sich eine schwarz-rote Mehrheit gewünscht. Auch wenn die CDU mit über 28 Prozent als stärkste Partei aus der Wahl hervorging, so haben sich immerhin 72 Prozent der Wähler gegen diese Partei entschieden. Anders die Wähler für Rot-Grün-Rot, das weiterhin eine klare Mehrheit hat!

Die SPD wird, nachdem eine schwarz-rote Regierung zustande kommt, bei der nächsten Wahl wohl wieder abgestraft – und dies völlig zu Recht.

Wenn Frau Giffey heute sagt, mit der CDU gebe es mehr Schnittstellen, so bleibt die Frage, weshalb man dann in den Wahlkampf mit einem klaren Statement zur bisherigen Koalition gegangen ist.

Was bleibt, das ist eine tiefe Enttäuschung der Wähler für Rot-Grün-Rot. Warum soll man da noch wählen gehen, wenn die Aussagen im Wahlkampf nicht mehr ehrlich sind?

Jürgen Walter, Frankfurt

Es ist angerichtet und wohl auch so gewollt

Bei der Wahl in Berlin hat die CDU zwar 28 Prozent der Wählerstimmen erhalten, die Mehrheit (72 Prozent) hat aber andere Parteien gewählt. Oder gar nicht. Jetzt müssen die Verlierer und Minderheiten wegen des Machtwillens der SPD, weiter zu regieren, abgeschoben in die Opposition gehen. Dabei hat die Bundes-Groko mit SPD und CDU gezeigt, dass der Preis für gemeinsames Regieren politischer Stillstand ist. Jetzt also auch zum Wohle aller Berliner? Die Wählerinnen und Wähler haben es angerichtet und auch so gewollt.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/berlinwahl-2023



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230307

Perfider Hintergrund

Zu: „Rheinmetall steigt in den Dax auf“, FR-Wirtschaft vom 6. März

Mit dem Aufstieg des Rüstungskonzerns Rheinmetall in den Leitindex blicken wir dieser Tage mal wieder in eine hässliche Fratze des Kapitalismus. Dabei rede ich nicht davon, dass Rheinmetall unzweifelhaft zu den größten Profiteuren des Kriegs in der Ukraine zählt. Nein, das ist bei einem Rüstungskonzern durchwegs zu erwarten. Ich verurteile vielmehr das Vorhaben von Rheinmetall, eine Panzerfabrik auf ukrainischem Boden errichten zu wollen. Sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden und sich weitere westliche Rüstungskonzerne diesem Beispiel anschließen – was zu erwarten ist –, dürften die letzten Funken Hoffnung auf Verhandlungen für ein Kriegsende erlöschen.

Die Erfordernis einer militärischen Unterstützung in Form von Waffenlieferungen an die Ukraine stelle ich nicht zur Diskussion. Wenn Rheinmetall-Chef Papperger nach bereits erfolgten Angriffsdrohungen aus dem Kremel auf die geplante Fabrik von einem „Schutz durch Flugabwehr spricht, der nicht schwierig sei“, ergreift mich jedoch ein tiefes Unwohlsein. Das sind Worte, deren perfider Hintergrund unüberhörbar ist.

Peter Schwick, Frankfurt

Bedrohung durch die Nato

Friedensfragen: „Welche Kraft hat der Pazifismus noch?“, FR-Politik vom 18.2.

Gewaltfreie Konfliktbewältigung und ziviler Widerstand sind allgemein die Wege des Pazifismus. Eingetübterweise wären sie auch für die Ukraine eine taugliche, vor allem aber humane Alternative zum militärischen Widerstand gewesen. Das Konzept der „Sozialen Verteidigung“ ist als Reaktion auf die Brutalitäten entwickelt worden, die immer mit einem Krieg einhergehen und nie vor der Zivilbevölkerung Halt machen; es dient ausschließlich der Verteidigung. Die ukrainische Führung hatte ein solches Verteidigungskonzept leider nie ins Auge gefasst.

Die Brutalitäten eines Krieges wachsen mit dem uferlosen Hass mit der allseitigen Eskalation der Gewalt. Auch angreifende Soldaten entwickeln diesen Hass, wenn sie ihr Leben bedroht sehen. Auch militärische Abwehr ist nichts anderes als Gewalt. Viele befürworten diese Gewalt aus einem Gerechtigkeitsgefühl heraus. Pazifisten dagegen lehnen auch die – völkerrechtlich fraglos gerechtfertigte (!) – militärische Verteidigung von Territorien und Bevölkerung ab. Sie setzen die Bewahrung des Lebens der betroffenen Menschen und ihrer Lebensgrundlagen über die Verteidigung der territoriale Integrität des betroffenen Staates.

Pazifisten haben keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen von USA/Nato und Russland – und wollen trotzdem zu all der Gewalt nicht schweigen. Hätten sie diesen Einfluss, gäbe es diesen Krieg so nicht.

Die Äußerung, es ginge um die Existenz der Ukraine, spielt implizit mit der Vorstellung, russische Besatzung würde eindeutig größere Opfer fordern als der fortgesetzte Krieg. Die russische Führung wollte aber mitnichten einen Völkermord. Wieso auch? Aber sie wollte nicht dulden, dass auch die Ukraine sich im Rahmen der Nato-Osterweiterung von Russland abwendet und der Nato weiteren Raum gibt. Das wurde von der russischen Seite immer als Bedrohung angesehen. Die Nato hat diesen Anspruch Russlands zurückgewiesen, obwohl den maßgeblichen Politiker:innen klar war, dass das ein Kriegsgrund für Russland sein würde. Das kann man für richtig halten oder für falsch. Aber die maßgeblichen Politiker, die es für richtig gehalten haben (und halten), haben diesen Krieg (für den trotz des Vorlaufs allein Russland verantwortlich ist) sehenden Auges in Kauf genommen.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Diskussion: frblog.de/schwarzer

Das Geschrei hilft wenig

Linke will Enteignungen: „Schweigen an der Spree“, FR-Politik vom 28.2.

Es ist ärgerlich wenn ein Konzern wie Vonovia keine Neubauten mehr durchführt. Allerdings hilft das Politikergeschrei aus der linken Ecke wenig. Offensichtlich will man nur die eigene Wählerschaft bei Stange halten. Der Wohnungsmarkt konzentriert sich immer mehr auf große Firmen und Genossenschaften. Beide haben in gleicher Weise die Möglichkeit, durch Ihre „Marktmacht“ die Mietpreise anzuhaken und wenig mieterfreundlich zu agieren, z.B. mit Zusatzkosten. Der private Wohnungsmarkt, der meist mieterfreundlich ist, gerät immer mehr ins Hintertreffen, weil der Bau von Wohnungen zur Vermietung durch die Unmenge an Auflagen, die gestiegenen Kosten und die mangelnde Verfügbarkeit von Handwerkern für Privatleute unattraktiv geworden ist. Statt zu reglementieren sollte die Investitionsbereitschaft von Privatpersonen in den Wohnungsmarkt wieder attraktiver gestaltet werden. Ulrich Witzsch, Bad Soden

Völlig daneben

Öl- u. Gasheizungen: „FDP wehrt sich gegen rot-grüne Pläne“, FR vom 2.3.

Den kritischen Stimmen zum Thema „Verbot von Öl- und Gasheizungen“ kann man nur zustimmen. Die Ziele dieser Maßnahme sind richtig, nur die jetzt geplante kurzfristige Umsetzung ist völlig wirklichkeitsfremd und daneben. Der Ausstieg aus Öl und Gas für Heizungen muss eingebettet sein in ein Gesamtkonzept, das Kapazitäten des Handwerks, technische Machbarkeit erneuerbarer Ersatzenergien, Schonung vorhandener, gut funktionierender Anlagen, Kosten für Neubau und Sanierung von Wohngebäuden und damit Auswirkung auf Mieten etc. berücksichtigt. Es ist doch scheinheilig, einerseits die Baukosten durch immer neue Vorschriften nach oben zu treiben und andererseits steigende Mieten und fehlende bezahlbare Wohnungen zu beklagen!

Bringt man alles in einen ganzheitlichen Plan ein, dann kommt man auf einen Zeitraum für die Umsetzung von fünf bis zehn Jahren. Das jetzt geplante kurzfristige Verbot von Öl- und Gasheizungen verunsichert alle Betreiber von solchen Heizungen, überfordert die Kapazität im Handwerk und führt zum Verlust von Vermögen, das sich viele private Hausbesitzer in Jahrzehnten angespart haben.

Es ist schon ein Witz, wie eine kleine, mitgliederschwache Partei daran arbeitet, den Wohlstand eines ganzen Volkes zu gefährden. Bleibt nur zu hoffen, dass die anderen Parteien der Ampel-Regierung diesen Unsinn verhindern.

Rainer Prosik, Hattenhofen

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz

„Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozialstaatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis 8.3.2023 unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, Berlin

Sandra Busch und **Florian Leclerc** moderieren das FR-Stadtgespräch mit den Frankfurter OB-Kandidaten, die in die Stichwahl gekommen sind: Uwe Becker (CDU) und Mike Josef (SPD). Livestream unter fr.de/eventvideo
Donnerstag, 23. März, 19 Uhr
Haus am Dom, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, über Wege zum Frieden.
Sonntag, 26. März, 11 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt